

Kriegswünsche der Hausbesitzer.

Der Zentralverein der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands hat gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Halberstadt seine Kriegstagung abgehalten.

Man forderte unter anderem eine Erweiterung der Mietsunterstützung; vor allem soll die Gewährung von Mietsunterstützungen zukünftig nicht von einem Mietsnachlaß abhängig gemacht werden. Die Mietsunterstützung soll sich auf sämtliche Mietsräume erstrecken, unbekümmert um den Preis und gleichbedeutend, ob diese Wohn- oder gewerblichen Zwecken dienen. Sie soll jedem gewährt werden, der nachweisen kann, daß er durch den Krieg geschädigt ist und einer Unterstützung bedarf. Reich und Bundesstaaten mögen den Gemeinden die durch die Mietsunterstützung erwachsenden Ausgaben in vollem Umfange ersetzen.

Nach einem Vortrag des Justizrats Dr. W. Löwenfeld-Berlin forderte man eine Ermäßigung der Abgaben für Besitzwechsel, die „als Hemmschuh eines gesunden Fortschritts der Volkswirtschaft wirken“. Stadtrat Kalkbrenner-Wiesbaden forderte, daß bei Erhöhung der Einkommensteuer fortan die Realsteuern nicht gesteigert werden. Darauf begründete Justizrat Dr. Epstein-Breslau eine Entschließung, in der es heißt: „Der Zentralverband kann in der Erklärung einer Anzahl von Versicherungsanstalten und Hypothekenbanken, gegen eine Verzinsung von 4% pCt. die Fälligkeit erstfälliger Hypotheken bis auf drei Monate nach Beendigung des Kriegszustandes zu verlängern, einen billigen, den Verhältnissen Rechnung tragenden Ausgleich nicht finden.“